

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 41.

Paderborn, 5. April

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Borgis-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. **Die auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellung auf das II. Quartal baldigst zu erneuern, damit die Zusendung keine Unterbrechung erleidet.**

Wir machen darauf aufmerksam, daß hier noch zwei andere Blätter unter ähnlichem Titel erscheinen, (Paderborner Volksbote und Westphalisches Volksblatt) weshalb man, damit Verwechslungen verhütet werden, bei der Bestellung das Paderborner Volksblatt genau bezeichnen wolle.

Uebersicht.

Grundrechte des deutschen Volkes.

Deutschland. Berlin (Adresse der Kammern in Betreff der Kaiserwahl; Verhandlungen im Staatsministerium); Frankfurt (der Reichsverweser; die National-Versammlung); Königsberg (von der russischen Grenze); Köln (Adresse des Piusvereins); Schleswig (Verschwinden eines Vorpostens); Hamburg (der dänische Gesandte Graf Erholm); Wien (Nachrichten aus Mailand und Venedig); Freiburg (Verurtheilung Struve's u. Blind's); Italien. (Detailbericht Radetzky's über die Schlacht bei Novara; Proklamation Radetzky's); Rom (die Zwangsanleihe; die Kirchenräubereien wahren fort; Verbrennung des Arsena's). Frankreich. Paris (Neueste Nachrichten aus Italien). Provinzielles. Vermischtes.

R. Paderborn, 4. April 1849.

Grundrechte des deutschen Volkes.

Artikel VII.

Vereinigungsrecht.

§. 29. Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubniß dazu bedarf es nicht.

Volkssammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden.

§. 30. Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregeln beschränkt werden.

§. 31. Die in den §§. 29 und 30 enthaltenen Bestimmungen finden auf das Heer und die Kriegsflotte Anwendung, insoweit die militärischen Disciplinärvorschriften nicht entgegenstehen.

Jeder darf seine Mitbürger zu einer Versammlung berufen, ohne vorher die Polizei oder irgend eine andere Behörde um Erlaubniß fragen oder derselben Anzeige davon machen zu müssen. Volkssammlungen unter Dach und Fach darf keine Behörde im Voraus untersagen; ein solches Verbot würde nach den Grundrechten keine Wirkung haben. Erst dann, wenn Unordnungen oder Störungen in der Versammlung vorkommen oder wenn Waffen dahin mitgebracht werden, dürfen die Behörden einschreiten. Dagegen können Volkssammlungen unter freiem Himmel von der Obrigkeit im Voraus untersagt werden, wenn mit Grunde Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu befürchten ist. Einem solchen obrigkeitlichen Verbote muß Folge geleistet werden; die beabsichtigte Versammlung muß unterbleiben. Wer aber glaubt, daß das Verbot ohne hinreichenden Grund erlassen sei, kann sich beschwerend an die höhern Landesbehörden, dann auch an die Reichsgewalt wenden.

Die Preuß. Verfassung gestattet unbeschränkt nur die Versammlungen in geschlossenen Räumen. Versammlungen unter freiem Himmel sind nach Art. 27. der Preuß. Verfassung in allen Beziehungen der Verfügung des Gesetzes unterworfen und bis zum Erlass eines solchen Gesetzes soll von Versammlungen unter freiem Himmel 24 Stunden vorher der Ortspolizeibehörde Anzeige gemacht werden. Diese hat dann die Versammlung zu verbieten, wenn sie dieselbe für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährlich erachtet.

Das Recht in Vereinen jeder Art zusammenzutreten, soll nach den

Grundrechten durch keinerlei vorbeugende Maßregel beschränkt werden. Deshalb kann keine Staatsregierung verlangen, daß, wenn sich Vereine bilden wollen, sie ihre Zwecke und Tendenzen den Staatsbehörden zur Kenntnissnahme oder gar zur Prüfung offen legen sollen. Kein Verein braucht die Genehmigung oder Bestätigung von irgend einer Behörde einzuholen. Auch können Vereine zu einem bestimmten Zwecke, z. B. politische Vereine, welche früher in allen deutschen Staaten untersagt waren, nicht mehr im Voraus verboten werden. Es versteht sich indeß von selbst, daß bestehende Vereine, welche verbrecherische oder gar gemeingefährliche Zwecke verfolgen, von der Obrigkeit unterdrückt werden dürfen. Es kann z. B. ein politischer Verein, welcher die bestehende gesetzliche Ordnung durch gewaltsame Mittel umzustürzen versucht, unbedenklich aufgelöst werden; denn nur vorbeugende Maßregeln sind grundrechtlich untersagt.

Abweichend von den Grundrechten gestattet die Preuß. Verfassung auch vorbeugende Maßregeln, indem sie Art. 28 über das Vereinigungsrecht wörtlich bestimmt: Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen.

Deutschland.

Berlin, 1. April. Die Commission der zweiten Kammer zur Entwurfung einer Adresse in Betreff der Erklärung des Hauses über die Annahme der deutschen Kaiserkrone trat gestern Abend zusammen.

Drei Adressentwürfe wurden vorgelegt, der eine von v. Unruh, ein anderer von v. Auerswald und ein dritter von dem Grafen Arnim. Der letztere forderte Se. Majestät auf, die Kaiserkrone anzunehmen, nachdem eine Verständigung mit den deutschen Fürsten erfolgt und gewisse andere Hindernisse hinweggeräumt wären. Der Entwurf, in sehr zweizüngiger Sprache abgefaßt, fand wenig Freunde; der Auerswald'sche sehr schwingreiche war als der der conservativen Partei anzusehen, er wurde jedoch auch mit 12 gegen 10 Stimmen verworfen (ein Mitglied der Rechten stimmte gegen ihn), und der des Herrn v. Unruh von der Commission angenommen. Gegen eine Adresse überhaupt stimmten nur 5 Mitglieder. Die Fassung der Adresse, wie sie die Commission vorschlägt, ist folgende:

„Königliche Majestät! Die deutsche National-Versammlung hat durch ihre letzten Beschlüsse das Werk der Einigung und Kräftigung Deutschlands seiner Vollendung entgegengeführt. Dieselbe hat in Verfolg dieser Beschlüsse Euer Königliche Majestät zu der glorreichen Aufgabe erhoben, das erste Oberhaupt des wiedererstandenen Deutschlands zu sein. Die zweite Kammer legt die dringende Bitte ehrfurchtsvoll an Euer Königlichen Majestät Königliches Herz, die Erwartung der deutschen Nationalversammlung und die Hoffnungen des durch dieselbe vertretenen deutschen Volkes zu erfüllen. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, welche sich der Erreichung dieses großen Zieles entgegenstellen; aber Euer Majestät Weisheit, so wie die Thatkraft der deutschen Volksstämme und die Liebe derselben zu ihrem Vaterlande wird Euer Majestät zustimmenden Entschluß mit Erfolg krönen.“

Von der Linken wurden zwei Amendements in der Commission eingebracht, welche in der Minorität blieben; das eine verlangte, daß hinter den Worten „zu erfüllen“ (im 3. Passus) die Worte hinzugefügt würden: „und so die königlichen Verheißungen vom 21. März zur Wahrheit zu machen;“ das andere wollte einen Passus über die